

Pressemitteilung

Anwälte der KMW halten an Bauvorhaben fest

Mainz / Wiesbaden 16.10.2009: "Wer sich gemütlich zurücklehnt und glaubt, die KMW beweise endlich Einsicht und gebe ihre verfehlte Kohle-Planung auf, liegt falsch. Wachsamkeit und politischer Druck bleiben notwendig, um das endgültige Aus für den Kohleklotz zu erreichen." kommentiert Christoph Wald, Sprecher der BI KeKoWi, die jüngst bekannt gewordenen Bestrebungen der KMW, entgegen aller Lippenbekenntnisse im Hintergrund den Bau des Kohlekraftwerks doch noch zu bewerkstelligen.

"Anwaltlich arbeitet die KMW mit Hochdruck daran, die seitens der Kohlegegner beim Oberverwaltungsgericht Koblenz beantragte Aufhebung des Sofortvollzugs zu verhindern. Begründet wird dies damit, dass eventuell im 1.Quartal 2010 alternative Kreditgeber gefunden werden könnten und direkt im Anschluss daran ab 01.April 2010 die derzeit ausgesetzten Baumaßnahmen wieder aufgenommen werden sollen. Ehrlich gesagt – wir hatten es nicht anders erwartet."

Ursprünglich hatte die KMW argumentiert, dass ohne den Betrieb des KHKW in 2014 in der Region eine akute Unterversorgung drohe, ja gar die ‚Lichter ausgingen‘. Die Genehmigungsbehörde war dieser Argumentation gefolgt. Jetzt heißt es, ‚wir haben zwar ein, zwei Finanzierungsprobleme, aber wann immer die gelöst sind, danach darf dem sofortigen Baubeginn nichts im Wege stehen‘.

"In der Welt der Fabeln und Sagen der KMW verschiebt sich die angebliche Unterversorgung solange brav nach hinten, bis die KMW ihre Finanznöte bewältigt hat. Ist dieser St-Nimmerleins-Tag erreicht, dann bricht die Strom-Lücke wunschgemäß wieder auf und muss im Eiltempo mit Kohle-Strom zugeschüttet werden. Mit Logik und Wirklichkeitssinn hat diese KMW-Mär nichts zu tun."

Tatsächlich hat eine unter Federführung des Umweltbundesamtes erstellte Studie ^{*1} erst vor Kurzem noch einmal bestätigt, dass selbst unter konservativen Annahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie zur Entwicklung des Stromverbrauchs in den nächsten Jahren und bei Ausstieg aus der Kernenergie kein Bedarf für weitere Grundlastkraftwerke wie dem hier geplanten besteht.

"Wie weit darf sich ein kommunales Unternehmen eigentlich noch von der Realität und vom Mehrheitswillen einer ganzen Region entfernen?" fragt sich Wald. "Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den Verantwortlichen inzwischen regelrecht hintergangen!"

Selbst die SPD Mainz - jahrelang glühender Kohlebefürworter - erklärte nach der historischen Wahlschlappe in der Kommunalwahl und dem schlechten regionalen Abschneiden bei der Bundestagswahl das Ende des Projekts ‚Kohlekraftwerk‘. Alles nur Lippenbekenntnisse, um B90/Die Grünen doch noch zu einer Koalition mit der SPD Mainz bewegen zu können?

Oder versuchen die KMW-Verantwortlichen durch dieses Vorpreschen von eigenen Versäumnissen und Verantwortlichkeiten abzulenken? Will man den unerschütterlichen Prozess-Hansel geben, um anderen die Schuld am Scheitern des mind. 1,2 Mrd. € teuren Projekts zuschieben zu können? Für uns steht fest: Wer sich ohne gerichtsfeste Genehmigung, ohne solide Finanzierung und ohne tragfähige Bedarfsanalyse in ein solch umweltschädliches Abenteuer stürzt, trägt die Verantwortung an seinem Misslingen.

KeKoWi fordert von der KMW und der Genehmigungsbehörde SGD-Süd die zeitnahe Aufhebung des Sofortvollzugs, da die Grundlagen hierfür offensichtlich nie vorhanden waren.

Wir vertrauen hier auf die Neutralität und die Sachkunde des OVG in Koblenz“, so Wald abschließend.

*1: Das Phantom 'Stromlücke'- neue Studie des Umweltbundesamtes:
<http://www.kein-kohlestrom-wiesbaden.de/aktuelles/index.php>